



Russische Truppen raus aus der Ukraine

Verhandlungen statt Panzer

Am 24. Februar jährte sich der Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Wladimir Putins gegen die Ukraine. Der Krieg bedeutet unendliches Leid, Flucht und Tod für Hunderttausende Menschen. Ein Waffenstillstand ist geboten. Russland muss seine Truppen aus den seit dem 24. Februar 2022 besetzten Gebieten zurückziehen und die Angriffe sofort einstellen.

Die Ukraine hat das Recht auf Selbstverteidigung gegen den Angriff Russlands. Es ist aus ihrer Perspektive verständlich, dass die ukrainische Regierung immer mehr Waffen fordert. Aber mehr Waffenlieferungen werden nicht zu einem Ende des Krieges führen. Das geht nur mit Verhandlungen und Diplomatie. Stattdessen steigt die Gefahr, dass der Krieg eskaliert und sich weiter hinzieht: mit immer mehr Toten, mit immer mehr Verwüstung. Zuerst waren es Panzerfäuste und Artilleriegeschütze, dann der Flugabwehrpanzer Gepard und der Schützenpanzer Marder. Jetzt sollen Kampfpanzer vom Typ Leopard geliefert werden, und unmittelbar nach dieser Entscheidung hat die Ukraine mit Forderungen nach Kampfflugzeugen und ballistischen Raketen nachgelegt. Was kommt als Nächstes? Bodentruppen? Atomwaffen? Wo soll das hinführen?

Wir fordern die Bundesregierung auf, keine weiteren Waffen in die Ukraine zu schicken.

Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung, die EU und die internationale Gemeinschaft auf, sich mit Nachdruck für die Aufnahme von internationalen Verhandlungen und zivilen Alternativen zum Krieg einzusetzen. Wir wollen zivile Lösungsansätze stärken und die gesellschaftliche Debatte nicht in der Einbahnstraße der militärischen Eskalation belassen.

Waffenstillstandsverhandlungen müssen unter dem Dach der Vereinten Nationen beginnen.

Jetzt sind gezielte Sanktionen gegen die russische Machtelite und Russlands militärisch-industriellen Komplex und damit gegen dessen Fähigkeit zur Kriegsführung notwendig.

Aus dem Inhalt:

Russische Truppen aus der Ukraine	S.1
Demokratie schützen	S.2
LINKE im Europaparlament	S.3
LINKE in Brandenburg: Bildungswesen	S.4
LINKE in Brandenburg: PCK Schwedt	S.5
Kapitalismus auf die sanftere Art?	S.6
Zum Tod von Hans Modrow, 1. Mai	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8



Gleichzeitig braucht es klare Bedingungen für die Aufhebung der nach dem 24. Februar beschlossenen EU-Sanktionen – sie sollten aufgehoben werden, wenn sich das russische Militär auf seine Positionen vom 23. Februar 2022 zurückzieht.

Alle Seiten müssen garantieren, dass sie keine Atomwaffen einsetzen werden. Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.

Humanitäre Hilfe für die Menschen in der Ukraine! Die Schulden des Landes müssen erlassen werden.

Schnelle Hilfe für alle Geflüchteten. Kriegsdienstverweigerer aus Russland und der Ukraine müssen Asyl bekommen.

Die Rüstungskonzerne machen Extraprofite mit dem Krieg. Diese Profite müssen mit einer Übergewinnsteuer belegt werden!

Militarisierung stoppen! Der Ukrainekrieg wurde bereits genutzt, um die Bundeswehr mit 100 Mrd. Euro aufzurüsten. Jetzt beginnt das Jammern über die angeblich »kaputtgesparte« Bundeswehr erneut und im Gespräch sind weitere 300 Mrd. Euro. Was für ein Wahnsinn! An die kaputtgesparten Kliniken und die maroden Schulen denkt die Bundesregierung stattdessen nicht.

**DIE LINKE steht für Frieden und Völkerrecht.
Lasst uns gemeinsam für Verhandlung, Entspannungspolitik
und Abrüstung eintreten!**

90 Jahre nach der Machtübergabe: Demokratie schützen!

Am 30. Januar 2023 jährte sich zum 90. Mal der Tag die Machtübergabe an Hitler und die Nationalsozialisten durch bürgerlich-konservative Kräfte.

Ein Tag, der uns auch heute noch Mahnung sein muss, meint Sebastian Walter, Co-Landesvorsitzender der LINKEN Brandenburg:

"Diese Machtübergabe wurde möglich, weil die bürgerlichen Regierungen der Weimarer Republik die sozialen Verwerfungen der Weltwirtschaftskrise nicht bekämpften, weil sie den Profit der Konzerne und nicht das Elend der Massen ins Zentrum ihrer Politik stellten. Und zur Sicherung ihrer Machtposition scheuten sie auch nicht die Kooperation mit den Faschisten – der Aufstieg Hitlers wurde durch das großzügige Sponsoring der deutschen Industrie und die willige Kooperation des bürgerlichen Lagers erst ermöglicht.

Aus der Geschichte zu lernen heißt ... heute deshalb vor allem: ein Bündnis zwischen Demokraten und Faschisten muss auf jeder Ebene ausgeschlossen sein. Kooperationen mit der AfD und Zugeständnisse an deren menschenverachtende Ziele stärken nur diese und fügen der Demokratie irreparablen Schaden zu. Wer die Demokratie wirklich schützen will, sorgt dafür, dass alle Menschen gut und angstfrei leben können – in einer sozial gerechten Gesellschaft findet der Faschismus keinen Nährboden."

Die LINKE im Europaparlament

Beitrag unseres Abgeordneten Helmut Scholz

Handelsaspekte der neuen Mitteilung der EU - Kommission über den Grünen Industriepfad für mehr Wettbewerbsfähigkeit und den Übergang zur Klimaneutralität

Kurz zusammengefasst, da bisher nur die englische Fassung vorliegt:

Die Kommission hat einen Plan vorgelegt, wie sie vor allem den Ausbau von CO₂-neutraler Industrie stärken will. Der Plan soll die Programme „Green Deal“ und „REPowerEU“ ergänzen und steht laut Kommission auf den vier Säulen günstiges Regelungsumfeld für die Netto-Null-Industrie, ein schnellerer Zugang zu Finanzmitteln, die richtigen Kompetenzen für Arbeitskräfte und ein offener Handel für widerstandsfähige Lieferketten.

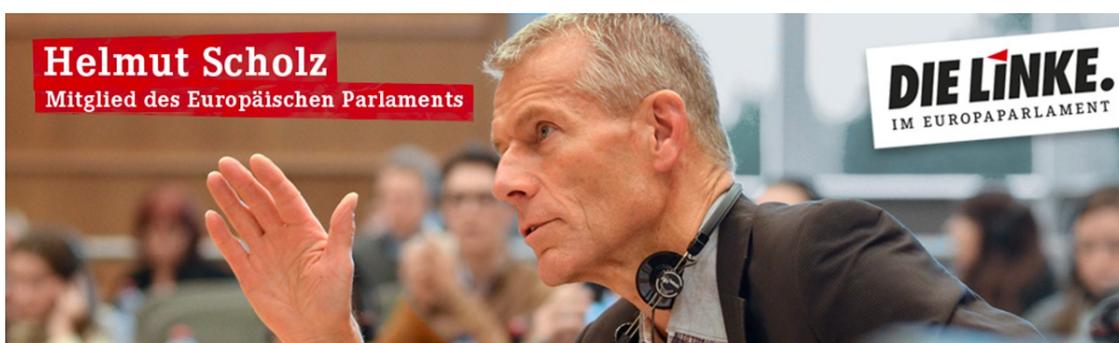
Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte an, dafür demnächst den Entwurf für ein Netto-Null-Industrie-Gesetz vorzulegen. Mit dem Schwerpunkt auf Schlüsseltechnologien für den Übergang zur Emissionsfreiheit wird das Gesetz Kapazitätsziele für 2030 festlegen, die Genehmigung von Mehrländerprojekten beschleunigen und Anreize für solche Projekte schaffen. Dafür werden viele Rohstoffe notwendig sein, weiß die Kommissionspräsidentin. Flankiert werden soll der Europäische Akt daher durch ein Rohstoffgesetz, das „die Gewinnung in der EU, die Verarbeitung und das Recycling sowie die Suche nach biobasierten Alternativen erleichtern“ soll. Ich vermute allerdings, dass die Kommission zunächst verstärkt auf Raubzug in rohstoffreiche Länder außerhalb der EU gehen wird, um durch Freihandelsabkommen den Abtransport dieser Rohstoffe in die EU zu sichern. So bliebe jedoch leider das Paradox erhalten, dass Länder zwar reich an Rohstoffen sind, die Bevölkerung jedoch in bitterarmen Verhältnissen leben muss, da die Wertschöpfung aus diesen Rohstoffen nicht in ihrem eigenen Land stattfindet.

Die EU-Kommission anerkennt zwar, was der Planet benötigt, nicht aber, dass diese Erkenntnis auch außerhalb Europas gelten muss und wir uns in Europa nicht auf Kosten anderer Regionen der Welt „Grüsanieren“ dürfen.

Neben Rohstoffen wird der Aufbau einer CO₂-neutralen Industrialisierung Europas sehr viel erneuerbare Energie benötigen. Im März wird die EU-Kommission eine Reform der Gestaltung des Strommarktes vorlegen, die das heutige „Merit-System“ überwindet und es Verbraucher*innen endlich ermöglichen soll, von den niedrigen Kosten erneuerbarer Energien zu profitieren. Ich bin gespannt, ob es dann wieder Klagen von Investor*innen auf Basis des Vertrags über die Energiecharta hageln wird, aus dem die EU leider noch immer nicht ausgestiegen ist.

Zwischen Zeuthen und Brüssel

Ausgabe 91, 24. Februar 2023



DIE LINKE im Landtag

Brandenburger Bildungswesen muss Chefsache werden!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

gute Bildung ist der Schlüssel zu einem erfüllten und erfolgreichen Leben. Sie ermöglicht es, unsere Fähigkeiten und Talente zu entfalten. Sie bereitet uns auf die Herausforderungen des Lebens und die Anforderungen der Gesellschaft vor, insbesondere auf den Arbeitsmarkt. Sie lehrt uns kritisches Denken sowie Meinungsbildung, ist damit die Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Gute Bildung kann der große gesellschaftliche Gleichmacher sein. Sie reduziert soziale Unterschiede und wirkt damit der Spaltung der Gesellschaft ganz praktisch entgegen – so zumindest das große Ideal.

Doch gute Bildung braucht Voraussetzungen: moderne und gut ausgestattete Schulen, Unterrichtsmaterial auf der Höhe der Zeit, kleine Klassen sowie ausreichend Lehrkräfte, multiprofessionelle Teams und vieles mehr. Diese Voraussetzungen zu schaffen, ist die Aufgabe der Politik. Wer zurzeit in Brandenburg unterwegs ist, mit Eltern, Schüler*innen oder Lehrkräften spricht, der erfährt: vom großen Ideal könnten wir kaum weiter entfernt sein – weil es an den Voraussetzungen fehlt, die Politik auf ganzer Linie versagt.

Die Situation an unseren Schulen ist dramatisch: Der Lehrkräftemangel wird akuter, die Schüler*innenzahlen steigen, die Quote von nicht immer ausreichend qualifizierten Seiteneinsteiger*innen nimmt zu, Klassen werden immer voller, die Belastungen für Lehrer*innen und Schüler*innen wachsen. Insbesondere an Grund-, Ober- und Förderschulen ist die Not schon jetzt groß. Und die Situation spitzt sich weiter zu. In den nächsten 10 Jahren werden ca. 12.500 Lehrkräfte altersbedingt aus dem Schuldienst ausscheiden. 60 Prozent der grundständig ausgebildeten Lehrkräfte werden unseren brandenburgischen Schulen dann fehlen. Brandenburg ist in der Situation, den Unterricht und damit den Bildungsauftrag nicht mehr in allen Schulen, in allen Regionen erfüllen zu können. In Brandenburg herrscht

Bildungsnotstand!

Inzwischen richten sich fast täglich Schüler*innen, Eltern, Gewerkschaften und Pädagog*innenverbände an das Land, um vor dem Kollaps unseres Bildungssystems zu warnen. Für uns als Linksfraktion hat Bildung oberste Priorität. Deshalb schließen wir uns den Verbänden an und sagen:

Schluss jetzt, Bildung muss in Brandenburg endlich Chefsache werden!

Mit gleich zwei Anträgen haben wir in dieser Plenarwoche konkrete Vorschläge zur Lösung der Probleme unterbreitet. Denn für uns ist klar: Gemeinsam mit den Gremien und Akteuren aus der Bildungslandschaft müssen wir JETZT Lösungsstrategien erarbeiten!

Für die Zukunft unserer 303.000 brandenburgischen Schüler*innen und zur Entlastung unserer 21.000 Fachkräfte werden wir den Druck erhöhen! Dabei zählen wir auf Ihre Unterstützung.

Herzlich, Ihr
Sebastian Walter
Fraktionsvorsitzender

PCK Schwedt verstaatlichen - kritische Energieinfrastruktur und Industriestandort sichern

Monatelang haben der Bund und die Landesregierung Brandenburg immer wieder bekräftigt, dass die Rohölversorgung des PCK Schwedt auch nach dem freiwilligen Öl-Embargo gegen Russland gesichert ist.

So erklärte Staatssekretär Michael Kellner im Dezember 2022, dass man „jetzt die Zusage der polnischen Seite habe, ab Januar ausreichende Ölmengen liefern zu können“. Das würde dem PCK eine komfortable Auslastung von rund 70 Prozent ermöglichen.

Die Realität sieht aber anders aus: Die Raffinerie wird seit Jahresbeginn nur noch über die Pipeline aus Rostock mit rd. 50 Prozent Rohöl versorgt. Diese ging vor 60 Jahren (1963) in Betrieb und hat auch nur einen Durchmesser von 40 cm. Die gelieferte Menge liegt weit unter dem Bedarf, der nötig ist, um das PCK dauerhaft wirtschaftlich betreiben zu können.

Für die von der Bundesregierung versprochenen Lieferungen aus Kasachstan und über den polnischen Hafen Gdansk (Danzig) gibt es bisher keine vertraglichen Regelungen. Polens Regierung lehnt es explizit ab, Erdöl nach Schwedt zu liefern, solange sich die Anlage im Mehrheitsbesitz der Firma Rosneft Deutschland (54 Prozent Gesellschafteranteil), einer Tochter des russischen Staatskonzerns Rosneft, befindet.

Hinter diesem vordergründig moralischen Grundsatz steht die Absicht des polnischen Staatskonzerns PKN Orlen, das wirtschaftlich und imagemäßig angeschlagene PCK ganz oder teilweise günstig kaufen zu wollen. Polen bezieht - anders als Deutschland - weiterhin russisches Rohöl. Um der polnischen Regierung entgegen zu kommen, hat die Bundesregierung Rosneft Deutschland bereits unter die Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur gestellt. Dazu soll das Energiesicherungsgesetz seitens des Bundes geändert werden, um Verkäufe von Unternehmensanteilen noch während der Treuhanderschaft und direkt aus dieser heraus vorzunehmen zu können.

Immer deutlicher zeichnet sich für uns ab, dass die Zukunft der Raffinerie und die notwendige klimaneutrale Transformation des Industriestandortes, der Erhalt von Wertschöpfung und Arbeitsplätze unmittelbar verbunden ist mit der Frage der Gesellschafterstruktur des PCK. Denn auch die Finanzierung der geplanten Ertüchtigung der Pipeline von Rostock nach Schwedt durch den Bund, die dem PCK gehört, erweist sich beihilferechtlich als schwierig.

Deshalb fordern wir eine Mehrheitsbeteiligung des Bundes gemeinsam mit dem Land Brandenburg an der Raffinerie (vgl. Drucksache 7/7199). Nur so kann aus unserer Sicht die mit dem PCK verbundene kritische Infrastruktur für den Energiesektor dauerhaft gesichert werden. Außerdem könnte die Raffinerie so in ruhiges Fahrwasser kommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten endlich eine gesicherte Zukunft und können ihren Beitrag zu einer klimaneutralen und sicheren Energieversorgung in Ostdeutschland leisten. Die Raffinerie in Schwedt ist eine Lebensader für Ostdeutschland und gehört deshalb in staatliche Hand von Bund und Land.

Unser Antrag wurde von SPD, CDU und Grünen abgelehnt.

Kapitalismus auf die sanftere Art???

Im - DER SPIEGEL – Nr. 1 vom 30.12.2022 greifen die Autoren Susanne Beyer, Simon Book und Thomas Schulz in einem umfangreichen Artikel die Frage auf: „Hatte Marx doch recht?“

Erinnern wir uns an die auf der Geschichtsauffassung des historischen Materialismus gegründete Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus: u. a. die Arbeit, nicht das Kapital schaffe Werte; der bei der Produktion entstehende Mehrwert werde den Arbeitern durch zu niedrigen Lohn (Existenzminimum) vorenthalten und falle durch Ausbeutung der Arbeitskraft dem Unternehmer als Profit zu; während sich das Kapital in wenigen Händen anhäufe, verelenden die Massen. Am Ende stehe der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems....

Die Autoren setzen sich mit dem Thema unter dem Gesichtspunkt auseinander, dass all die plötzlichen Zeitenwenden und Weltkrisen offenbaren, dass der klassische Kapitalismus keine Antworten mehr für die Zukunft liefert.

Daraus ergibt sich für die Autoren die Frage: „Warum der Kapitalismus so nicht mehr funktioniert, und wie er sich erneuern lässt?“ Es eröffne sich die Chance auf einen großen Wurf für eine gerechtere und nachhaltigere Wirtschaftsordnung. Auf der Grundlage dieser These analysieren die Verfasser Theorien/Vorschläge verschiedener Vordenker/innen und setzen sich damit auseinander.

Sie stellten fest, dass die Kritik am Kapitalismus merklich an Wucht gewinnt, weil zu Vieles nicht mehr funktioniert. „Die Globalisierung zerbröseln und mit ihr das deutsche Wohlstandsmodell. Die Welt verschanzt sich in feindseligen Blöcken. Die Inflation lässt Arm und Reich weiter auseinanderdriften. Nahezu alle Klimaziele wurden verpasst. Und die Politik kommt auch nicht mehr hinterher, all die immer neuen Risse im System zu kitten.“

Es brauche eine Zeitenwende. Die Schwächen des industriellen Kapitalismus treten offen zutage. Denn die Globalisierung ist aus dem Ruder gelaufen; fast alle Wohlstandsgewinne landen bei den obersten 10 Prozent der Bevölkerung.

„Der wahnwitzige Ressourcenverbrauch ruiniert den Planeten. Die Finanzindustrie schwelgt in immer neuen Exzessen. ... Ein riesiges Problem jagt das Nächste, und alle sind miteinander verbunden: Energiekrise, Klimakrise, Handelskrieg, drohender Weltkrieg. Die Demokratie liegt unter Beschuss von Populisten und Autokraten.“

Die Autoren heben hervor, dass Ideen für eine gerechtere, grünere und trotzdem noch marktwirtschaftliche Ordnung vorhanden sind. Vorschläge für einen solchen sanfteren Kapitalismus kämen aus den unterschiedlichsten ideologischen Lagern, wobei gemeinsame Linien aber zu erkennen seien:

weniger Markt,
mehr staatliche Steuerung und
weniger Wachstum auf Teufel komm raus.

Wirtschaftsexperten denken über sanftere Wege des „Entzugs“ nach, was vor allem bedeuten würde, sich von falschem Wachstum zu trennen. Auch die Schieflage der Steuersysteme, die Kapital begünstigen und Arbeit benachteiligen, müsse behoben werden. Mensch statt Markt. Vorschläge für eine gerechtere Gemeinschaft, ein gutes Zusammenleben brauchen wohl neue Regeln. Reformen müssten von Menschen, nicht vom Markt her gedacht werden.

Bleibt dies eine Utopie?

Monika Gohl

Wenn wir als LINKE davon ausgehen, dass die Welt auf allen Gebieten eine Gesundung braucht, darf die Verbesserung der Lebenslage aller lohnabhängigen Menschen keine Utopie bleiben.

Hier steht aber immer noch die Frage, ob alle demokratischen Kräfte bereit und gewillt sind, diese gesellschaftlichen Veränderungen zielgerichtet anzustreben.

Wird diese Einheit nicht erreicht, werden diese dringenden Veränderungen eine Utopie bleiben.

Manfred Giel

Wie denken die Leser des KoppHoch darüber? Die Redaktion ist gespannt auf eure Meinungen.



Zum Tod von Hans Modrow am 10. Februar 2023 erklärten die Landesvorsitzenden der LINKEN Brandenburg, Katharina Slanina und Sebastian Walter:

"Die Partei DIE LINKE verliert mit Hans Modrow einen klugen und streitbaren Mann. Bis zum Schluss vertrat er seine Auffassungen leidenschaftlich. Viele Menschen aus verschiedenen Generationen werden heute seiner gedenken. So vielfältig sind auch die Erinnerungen. Hans war ehrlich und integer, ohne dabei verbohrt zu sein. Sein Wort zählte. Ohne ihn, als vorletzten Ministerpräsidenten der DDR, wären die Prozesse hin zur Deutschen Einheit nicht so friedlich verlaufen. Aber es ging ihm zu schnell. Viele Vorschläge und Interessen der Ostdeutschen blieben unberücksichtigt. Deshalb rückte Hans sie immer wieder in den Mittelpunkt und war eine starke Stimme. Schon schwer krank meldete er sich vor einem Jahr mit einem Debattenbeitrag zum Zustand der Linkspartei. Dieser Brief an die beiden Parteivorsitzenden der LINKEN ist für mich zu seinem Vermächtnis geworden. Darin begründete er seine Sorge um die Partei und forderte 'Alles auf den Prüfstand' zu stellen, denn sonst bliebe Alles beim Alten. Seine Einschätzungen und seine Streitbarkeit waren für mich, 63 Jahre jünger, sehr oft Anlass, Positionen zu hinterfragen und politische Ziele zu schärfen. Hans, Du warst ein Kämpfer bis zum Schluss. Dafür unser Dank."

LINKE Newsletter 06/2023

Information vom Vorstand der Basisorganisation

Auch in diesem Jahr wird es wieder eine 1.-Mai-Veranstaltung in Schwedt geben. Wir suchen dazu noch interessante Aktionen/Stände oder Mitmachangebote und natürlich auch Helfer/Helferinnen. Weitere Details werden noch rechtzeitig bekannt gegeben.

Die Veranstaltung findet am

1. Mai in der Zeit von 11:00 bis 14:00 Uhr

statt.

Termine/Arbeitsplan Basisorganisation Schwedt, Stand: März 2023

10.03.2023	Frauentagsfeier mit kultureller Umrahmung	13:30 bis 15:30 Uhr KOMM Marchlewskiring (auch für Männer)
18.03.2023	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Geschäftsstelle Prenzlau
30.03.2023	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle
17.04.2023	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Geschäftsstelle Prenzlau
20.04.2023	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle
01.05.2023	Maifeier der LINKEN	11:00 bis 14:00 Uhr (Ort und Programm wird noch bekanntgegeben)
08.05.2023	Kranzniederlegung	Neuer Friedhof (Zeit wird noch bekannt gemacht)
11.05.2023	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle
15.05.2023	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Geschäftsstelle Prenzlau

Herzliche Glückwünsche zum Weltfrauentag übermitteln der Vorstand der BO Schwedt DIE LINKE und das Redaktionskollegium des KOPPHoch allen Frauen mit einigen Vorschlägen zu Veranstaltungen der Brandenburgischen Frauenwoche:

15. 03.: Film "Wüstenblume" im FilmforUM Schwedt

16.03.: Lesung mit Sabine Hark "Gemeinschaft der Ungewählten" in der Stadtbibliothek

21.03.: Workshop: "Mensch stress dich nicht!" im Mehrgenerationenhaus

28.03.: "Istanbul-Konvention" im Kosmonaut



Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

02.04.2023	Lutz Schüler	zum 80. Geburtstag
05.03.2023	Gerd Kling	zum 85. Geburtstag
03.05.2022	Brigitte Neteck	zum 85. Geburtstag



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

16.03.2023	Tess Itzenplitz Valente Ribeiro	zum 24. Geburtstag
29.03.2023	Lothar Falkenberg	zum 64. Geburtstag
04.04.2023	Ruth Hebenstreit	zum 89. Geburtstag
02.05.2023	Hans-Joachim Hebenstreit	zum 92. Geburtstag
10.05.2023	Detlef Klemer	zum 64. Geburtstag

KoppHoch erscheint alle zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 02-2023: 06.05.2023

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE
Basisorganisation Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M. Gohl, I. Giel, T. Andres

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei
DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi 208
1 x wöchentlich bzw. Tel. 415810

Finanzen

Mo, 27.03.2023, 10 bis 12 Uhr
Mo, 24.04.2023, 10 bis 12 Uhr
Di, 30.05.2023, 10 bis 12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt
e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de
Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de